



**Thema**

## BUSLINIE 50



### Danke Inge!

Die SPD ehrt Inge Wettig-Danielmeier für 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.



### IWF-Gelände

Das einstige Institut für den Wissenschaftlichen Film ist Vergangenheit. Wie es dort aber weiter geht, ist unklar.



### Gemeinsam!

Beitrag unserer Landtagsabgeordneten Dr. Gabriele Andretta gegen Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit.



## Liebe Bürgerinnen und Bürger,

eine Halbzeitpause wie im Fußball gibt es in der Politik nicht, doch wird zur Mitte einer Wahlperiode durchaus gefragt: Was wurde versprochen, was wurde bisher erreicht, was bleibt noch offen? Die Ende 2016 begonnene Ratsperiode erreichte im Frühjahr ihre Halbzeit, Nachfragen sind also angebracht und offene Projekte anzumahnen.



→ **SYLVIA BINKENSTEIN**  
MITGLIED DES RATS

Die Ratspolitik ist unübersichtlicher geworden, nachdem uns das Wahlergebnis einen Viel-Fraktionen-Rat beschert hat. Zwar dominieren die großen Fraktionen von CDU, SPD und

Grünen, Fraktionen der FDP, von GöLinke/ALG und Piraten und Partei sind ebenfalls vorhanden. Zur Mehrheitsfindung tragen sie aber selten bei, auffällig sind die Clownerien der Piraten und Partei-Gruppe, etwa zur Umbenennung Göttingens.

Ein wichtiger Punkt in der Zwischenbilanz sind die Erweiterungen und Sanierungen beim Otto-Hahn-Gymnasium, beim Hainberg-Gymnasium und bei der Geschwister-Scholl-Gesamtschule.

Göttingen nimmt einen Spitzenplatz bei der Versorgung mit Kindergärten und Kindertagesstätten ein. Auf diese Leistung ist die SPD stolz. Nach wie vor ist die Nachfrage groß. Wir wollen, dass bis zum Ende der Wahlperiode weitere 222 Kindertagesstättenplätze entstehen, wobei insbesondere die Ausstattung im Westen der Stadt ein wichtiges Ziel ist. Dort wurde in den vergangenen Jahren der Bedarf völlig falsch eingeschätzt und viel zu

wenige Plätze geschaffen. Mit vier Kitas wird dort ein Zeichen gesetzt.

In der Kulturstadt Göttingen ist die Bestandspflege von erstrangiger Bedeutung, deshalb hat die SPD die Sanierung der Stadthalle durchgekämpft. Die Stadthalle steht am richtigen Standort und sie bietet Raum für ein breites Spektrum an Veranstaltungen. Nach ihrer Sanierung wird sie als wichtiger Standort ab 2022 wieder nutzbar sein.



**Endlich wird die Stadthalle im Osten der Innenstadt grundsaniert**

Wir freuen uns, dass die Voigtschule ausgebaut wurde. Solange das Otfried-Müller-Haus saniert wird, werden dort das Junge Theater und das KAZ ihren Standort haben, danach steht der Ort für neue Nutzungen offen. Mit der Sanierung des Otfried-Müller-Hauses wird ein vernachlässigtes Objekt vor weiterer Abnutzung gerettet. Es ist zu begrüßen, dass diese Sanierung zu einer Neugestaltung des Wochenmarkt-Platzes führt.

Unbefriedigend bleibt die Situation des Städtischen Museums. Jahrzehnte zurückliegende Versäumnisse warten auf eine Lösung. Stadt und Universität besitzen zahlreiche Museen oder Museumsorte. Hier sollte es nach Eröffnung des Kunstquartiers und des Forum Wissen eine koordinierte Lösung geben. Auch die Sanierung der derzeitigen Museumsgebäude am Ritterplan gehört dazu.



## Städtebauliche Entwicklung

# ERHALTUNGSSATZUNG NOTWENDIG!

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs hatte Göttingen gut überstanden. Erst die Abriss- und Neubaupolitik in der Kernstadt fügte dem Stadtbild Schaden zu.

Schleichend wird jetzt das von zahlreichen denkmalgeschützten Häusern geprägte Ostviertel zum Angriffsobjekt für Investoren. Nachdem die Gärtnereien des Ostviertels aufgesiedelt sind, lohnt jetzt der Abriss von Altbauten und die Neubebauung. Wo bisher ein Zwei- oder Dreifamilien-Haus stand, kann zukünftig bei maximaler Ausschöpfung des Baurechts ein Objekt mit einem Dutzend Wohnungen entstehen.

Das Göttinger Ostviertel ist als eines der ältesten Wohngebiete Göttingens geprägt durch seine gründerzeitliche Bebauung und großzügige Grünstrukturen. Aufgrund der hohen Grundstückspreise und dem hohen Nachverdichtungsdruck wird zunehmend dieser wertvolle Gebäudebestand durch private Akteure in Frage gestellt. So werden Gartenflächen zu Autostellplätzen, und es werden Gebäude abgerissen, die nach öffentlicher Meinung erhaltenswert gewesen wären.

Jüngstes Beispiel ist der Abriss der Villa am Friedländer Weg, dessen Trümmer noch auf dem Grundstück liegen.

Der historisch gewachsene Charakter des Ostviertels aus Gartenstadt und historisierenden Bauten kann nicht unter ewigen Schutz gestellt werden. Veränderungen müssen möglich bleiben. Nacht- und Nebel-Aktionen von Neueigentümern wie die am Friedländer Weg müssen jedoch ein Ende haben, dagegen hilft nur eine Erhaltungssatzung, die der Rat 2020 beschließen sollte. Die Stadtverwaltung hat die Vorlage eines Entwurfs angekündigt, die wir einer kritischen Bewertung unterziehen werden. An einem Quartiersrundgang nahmen mehrere Mitglieder unseres Ortsvereins teil. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sollen in unsere Bewertung einfließen.

# Aktion des SPD Ortsvereins zeigt Wirkung STADTBUS-LINIE 50 IM OSTVIERTEL FÄHRT WIEDER NORMAL

Zum Beginn der Vorweihnachtszeit wurde der monatelange Notfallfahrplan auf der Linie 50 wieder durch den regulären Betrieb ersetzt. Seit Samstag, 30. November 2019 fahren die Busse zwischen Bahnhof, Innenstadt und Rohns endlich wieder wie gewohnt. In der Mitteilung der Göttinger Verkehrsbetriebe heißt es: „Durch verschiedene Personalmaßnahmen konnten in den vergangenen Monaten über 20 neue Fahrer/innen im Linienverkehr eingesetzt werden. Weiterhin ist der Krankenstand im Fahrdienst aktuell soweit gesunken, dass auf der Linie 50 wieder das normale Fahrplanangebot gefahren werden kann.“

Diese Normalisierung galt zunächst aber nur für die Ostviertel-Linie 50, nicht aber für die Linie 33 zwischen

Holtenser Berg und Klinikum. Hier war der reguläre Takt erst zum Jahreswechsel wieder zu erwarten. Der SPD-Ortsverein Göttingen-Ost hatte nach mehrmonatigen Einschränkungen eine Unterschriftenaktion zum Erhalt und Ausbau der Stadtbuslinie 50 gestartet. Dabei kamen innerhalb weniger Wochen nicht weniger als 1000 Unterschriften zusammen. Der Ortsvereinsvorsitzende Klaus Wettig, selbst regelmäßiger Benutzer des Stadtbusses zwischen Rohns, Innenstadt und Bahnhof, äußerte sich hoch erfreut

über die große Resonanz in der Bevölkerung und den Erfolg der Aktion. Er wies aber zugleich darauf hin, dass es nicht nur um die Rückkehr zum Normalfahrplan gehe, sondern auch um die Frage, wie durch Taktverdichtungen die Attraktivität des Busverkehrs gesteigert werden kann.

Der SPD-Ortsverein Göttingen-Ost möchte sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern herzlich bedanken, die mit ihrer Unterschrift unsere Aktion unterstützt haben. Der Rücklauf der von uns in die Haushalte verteilten Postkarten war beeindruckend. Die Unterschriftenlisten füllten sich an unserem Infostand am Eichendorffplatz und in der Kreuzberg-Apotheke sehr schnell. Uns erreichten zahlreiche zusätzliche



*Unterschriftensammlung des SPD-Ortsvereins*

Kommentare, in denen die besondere Bedeutung des Busverkehrs gerade in Zeiten verstärkter Klimadiskussionen betont wird. Viele Menschen ärgern sich, dass die Monatskarte zum vollen Preis nur reduzierte Leistungen bot. Ältere nehmen von der Überlegung Abstand, ihr Auto abzuschaffen.

Der Rat der Stadt entscheidet in Kürze über den Nahverkehrsplan der nächsten vier Jahre. Darin spielen Taktverdichtungen eine zentrale Rolle.

# WIR HOFFEN AUF DIE ZÜGIGE SCHAFFUNG VON NEUEM WOHNRAUM

Das einstige Institut für den Wissenschaftlichen Film IWF ist Vergangenheit. Ein Liquidator versuchte nach der Schließung 2010, das Grundstück zu veräußern. Das misslang. Stattdessen setzte die Stadt die Rahmenbedingungen für Wohnbebauung. Es wurde ein Wettbewerb ausgelobt, aus dem ein Entwurf des Göttinger Projektentwicklers EBR als Sieger hervorging. Ende 2013 wurde ein Bebauungsplan aufgestellt und zwischen EBR und Stadt eine Gestaltungsvereinbarung geschlossen. Der Bebauungsplan wurde im Oktober 2014 aufgestellt. Die Vereinbarung verpflichtete die EBR, binnen neun Mona-

ten einen Bauantrag zu stellen. Dies tat sie aber nicht. Es kam zu einer Zwischenlösung für Geflüchtete.

Nach deren Auszug begann die Überarbeitung des Bebauungsplans mit geringfügigen Änderungen. Während der Auslegung schlossen die Stadt und die EBR im September einen städtebaulichen Vertrag. Der sah neben der Schaffung von 15 Prozent gefördertem Wohnraum und 15 Prozent Wohnraum mit geringfügigem Mietzins (7,00 €) auch die Verpflichtung vor, dass die EBR innerhalb von neun Monaten „nach Rechtskraft“ einen Bauantrag für den geförderten

Wohnraum und denjenigen zu dem geringen Mietzins stellen sollte, sowie innerhalb weiterer 24 Monaten diese Wohnungen fertig zu stellen. Doch die EBR veräußerte am im August 2018 den überwiegenden Grundstücksteil von 17.000 Quadratmetern mit Milliongewinn an die Wertgrund Wohnpartner 2 GmbH&Co KG, eine Fondsgesellschaft in München. Die Verpflichtung zur Schaffung des sozialen und preisgünstigen Wohnraum übertrug die EBR auf den neuen Eigentümer.

Die Wertgrund GmbH stellte zwar eine Bauvoranfrage, aber keinen Bauantrag. In Gesprä-



chen zwischen der EBR, Wertgrund und der Bauverwaltung war schon im Oktober 2018 ein Verzicht auf die Einhaltung der genannten Frist mitgeteilt wurde. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass gegen den Bebauungsplan Normenkontrollverfahren eingeleitet worden seien. Solche Verfahren verhindern aber nicht das Inkrafttreten des Bebauungsplans und hindern auch nicht daran, dass Bauanträge gestellt werden können.

Auch ist es häufig so, dass nur einzelne Festsetzungen als rechtswidrig erklärt werden und dies nicht zur Gesamt-

nichtigkeit des Bebauungsplans führt. SPD-Ratsmitglied Sylvia Binkenstein: „Es ist sehr fraglich, ob die Verwaltung überhaupt berechtigt war, vertragliche Regelungen, die von der Zustimmung des Rates abhängig sind, im Nachhinein ohne eine entsprechende Legitimation des Rates außer Kraft zu setzen.“ Auf Grund unserer Initiative ist es nun zu einer neuen Vereinbarung mit den drei Vertragspartnern gekommen, die eine Verpflichtung beinhaltet, den Bauantrag für den sozialen und preisgünstigen Wohnraum bis zum 29. Februar 2020 zu stellen. Die Realisierungsver-

pflichtung innerhalb von 24 Monaten nach Rechtskraft der Baugenehmigung ist bestehen geblieben.

Die Lage bleibt weiter unübersichtlich, weil ein Teil des IWF-Grundstücks der Münchner Wertgrund GmbH gehört, ein kleinerer Teil der EBR, die sich öffentlich nicht festlegen mag.

Die Fläche der Kleingartenkolonie ist zum Glück außen vor und kann nicht mehr ange-tastet werden. Sylvia Binkenstein: „Wir hoffen, dass die Realisierung des so dringend benötigten Wohnraums zügig voran kommt.“

## Kurzmeldungen

### BUSLINIEN STÄRKEN

Die zentrale Buslinie im Ostviertel – heute Linie 50 – war in der Vergangenheit immer wieder von Ausdünnung bedroht. Als Argument wurde stets die stundenweise schwache Auslastung angeführt.

Wir können den Erhalt und den Ausbau fördern, indem wir sie stärker nutzen. Beim Weg in die Innenstadt sollte das Auto einfach mal Pause machen.

### BÜRGERBETEILIGUNG BLEIBT WICHTIG

Es gab und gibt viel Ärger um die nach Abriss der Altbauten beginnende Neubebauung am oberen Nikolausberger Weg. Viele Betroffene – selbst Mitglied der Wohnungsgenossenschaft – fühlten sich falsch informiert oder sogar getäuscht. Gegen das Bauvorhaben gibt es grund-

sätzlich keine Einwände, doch das Vorgehen der Wohnungsgenossenschaft musste auf Unverständnis stoßen. Aus diesem Fall lässt sich lernen, dass jede Bürgerbeteiligung frühzeitig beginnen muss, mit großer Sorgfalt ablaufen muss und sauber dokumentiert werden sollte.



Am oberen Nikolausberger Weg hat die Wohnungsgenossenschaft Göttingen mit dem Bau neuer Wohnungen begonnen. Der Umfang und der Wegfall des Spielplatzes stoßen auf Kritik.

## 60 Jahre Sozialdemokratin

# DIE SPD EHRTE INGE WETTIG-DANIELMEIER

60 Jahre Mitglied der SPD ist die langjährige SPD-Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag. Zunächst als Listenabgeordnete, schließlich als direkt gewählte Abgeordnete vertrat sie Göttingen im Landtag und im Bundestag.

Ein Leben in der Politik, Politik als Beruf hatte sie nicht angestrebt. Sie hatte eine Ausbildung auf einer Handelsschule und einer Dolmetscherschule abgeschlossen, in Hamburg arbeitete sie im Im- und Exporthandel, bevor sie das Abitur im Zweiten Bildungsweg nachholte.

Ihr Studium an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, schließlich in den USA und Göttingen schloss sie mit dem Diplom ab. Ihr Wechsel in den Landtag erfolgte 1972 überraschend, als sie für einen verunglückten Abgeordneten nachrückte.

Sie hat dann über drei Jahrzehnte viel für den Wahlkreis bewirkt: im Streit um den

Universitätsausbau in den 1970er Jahren, im Kampf für die Erhaltung von Max-Planck-Instituten, bei der Sanierung des Deutschen Theaters in den 1980er Jahren.

In der Bundespolitik machte sie die Gleichstellung von Frauen und Männern zu ihrem zentralen Thema. Die Durchsetzung der Quote in der SPD stieß eine bis heute wirkende Gleichstellungspolitik an. Ein außerordentlicher Erfolg gelang ihr in der nicht enden wollenden Auseinandersetzung über die Reform des § 218. Als die Neuordnung des Schwangerschaftsabbruchs nach dem Vertrag über die Deutsche Einheit notwendig wurde, organisierte sie in zwei Schritten 1992 und 1995 den Kompromiss der geltenden Regelung.

Die Göttinger SPD dankte am 14. Dezember Inge Wettig-Danielmeier für diese Lebensleistung.



## Parken im Ostviertel

# WIE BEKOMMEN WIR VERSCHIEDENE INTERESSEN UNTER EINEN HUT?

Die Stadt Göttingen will die Parkraumbewirtschaftung bei uns deutlich ausweiten. Die Fläche reicht vom unteren Ostviertel bis hin zur Ewaldstraße. Die Gutachter von LK Argus ermittelten in dem Gebiet, in dem sich eine Reihe von Problemen überlagern, 6450 Einwohnerinnen und Einwohner, 3050 Fahrzeughalter und 2300 Parkplätze, die meisten davon öffentlich zugänglich. Eine öffentliche Informationsveranstaltung stieß Mitte November auf reges Interesse.

Nach Auffassung des SPD-Ortsvereins Göttingen-Ost darf die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nicht dazu führen, dass zusätzliche Parkplätze auf Privatgrundstücken die Vorgärten zerstören. Diese Versiegelung sei schon aus Gründen des Hochwasserschutzes und des Kleinklimas nicht hinzunehmen. Zahlreiche Arbeitnehmer haben ihren Arbeitsplatz im Ostviertel, etwa in Arztpraxen

und Dienstleistungsunternehmen. Wer möchte, dass mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, muss deren Angebot verbessern und attraktive Tarife (Jobticket für Kleinunternehmen) anbieten.

Ein besonderes Problem ist das Schülerparken der Berufsbildenden Schule I (Arnoldischu-

sind auch schwierige Durchfahrtsituationen zu beobachten. Hainholzweg, Herzberger Landstraße und Rohnsweg sind hier zu nennen. Gefahrensituationen für Fußgänger und Radfahrer sind die Folge. Beeinträchtigt ist auch der Busverkehr. Wir meinen, dass an einigen Stellen Parkverbote unumgänglich sind.



*Zugeparkte Fußwege - im Ostviertel leider ein alltägliches Risiko und Ärgernis*

le) am Friedländer Weg. Ein abgestimmter ÖPNV könnte hier zur Entspannung beitragen. Die besondere Parksituation rund um die Uni-Augenklinik Wagnerstraße sollte nach unserer Auffassung erneut aufgegriffen werden. Die jetzige Situation ist jedenfalls nicht tolerabel. Immer wieder

Aus der Analyse der Gutachter ergeben sich Belege zu studentischen Langzeitparkern, die nur selten ihr Auto bewegen. Würden diese ins Anwohnerparken hineinrutschen, gäbe es weiter zu viele Blockaden und zu wenig für andere Anwohner.

Der SPD-Ortsverein Göttingen-Ost rechnet nicht damit, dass zahlreiche Parker in das obere Ostviertel abwandern, da ihr Fußweg in die Innenstadt dann zu weit wäre. Grundsätzlich halten wir das Konzept für zustimmungsfähig, wünschen uns aber einige Überarbeitungen im Detail.



## Aus dem Kreistag

# STABILE ZUSAMMENARBEIT IM LANDKREIS GÖTTINGEN

Seit Herbst 2016 bildet die SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit den Grünen und den Freien Wählern die Mehrheitsgruppe im Göttinger Kreistag. Die Zusammenarbeit ist ausgesprochen stabil und vertrauensvoll, daher konnten wir bereits weite Teile unseres Gruppenvertrages umsetzen.

Die Kreisfusion hat für eine starke, politisch durchsetzungsfähige Region gesorgt. Die Leistungsfähigkeit und Qualität der kommunalen Verwaltung wurde effizienter, und trotzdem blieb die Bürgernähe erhalten. Die Absenkung der Kreisumlage für die Harzer Gemeinden auf 50 Prozent bedeutete zusätzlichen finanziellen Spielraum. Wenn die gezahlte Kreisumlage dennoch gestiegen ist, dann aufgrund deutlicher verbesserter Steuereinnahmen und höheren Schlüsselzuweisungen durch das Land an die Städte und Gemeinden. Der Haushalt des Landkreises ist konsolidiert und entwickelt sich positiv.

Wir können feststellen, dass die finanzielle Lage der meisten Kommunen und des Landkreises so gut wie schon lange nicht mehr ist. Zusätzlich sorgen wir in diesem Jahr mit einem Investitionsprogramm für Familien

und Bildung sowie der Weiterleitung der Schlüsselzuweisungen für weitere finanzielle Entlastungen in Höhe von 8 Millionen Euro bei den Gemeinden. Für die Stadt Göttingen bedeutet das gut 1,4 Millionen Euro mehr im Haushalt.



**Gregor Motzer**  
*Mitglied im Göttinger Kreistag*

In den kommenden Wochen werden wir einem unserer zentralen Versprechen im Wahlkampf näher kommen. Das neue Fünf-Euro-Ticket im ÖPNV hat wichtige Hürden genommen. Jetzt sind noch letzte Absprachen mit Northeim und Holzminden notwendig. Gerade für längere Verbindungen ins Oberzentrum Göttingen müssen die Preise gesenkt und die Taktung erhöht werden. Davon profitieren Arbeitgeber, Schulen und Einzelhandel, aber auch der Verkehr in der Stadt.

Eine besondere Herausforderung im ländlichen Raum ist die Schulpolitik. Die Vielfalt des Schulangebotes ist nicht in allen Orten im Landkreis vergleichbar mit den Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler in Göttingen haben. Daher bleibt das Ziel unserer Arbeit die Herstellung und der Erhalt gleicher Bildungschancen für alle Kinder. Seit Monaten arbeiten wir gewissenhaft an einem Schulentwicklungsplan, damit wir auch in Zukunft die richtigen Schwerpunkte setzen können.

## Verantwortung für unsere Demokratie

# GEMEINSAM GEGEN HASS, HETZE UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Am 9. November haben sich Göttinger Bürger und Bürgerinnen auch in diesem Jahr an dem Mahnmal der 1938 niedergebrannten Synagoge versammelt, um der Gräueltaten der NS-Terrorherrschaft zu gedenken, die vor 81 Jahren und danach an den Juden Europas verübt wurden. Wir müssen immer wieder daran erinnern, dass der Holocaust nur möglich war, weil zu viele mitgemacht, zu viele weggeschaut haben und zu wenige dagegen aufgestanden sind, als noch Zeit dafür gewesen wäre. Dieser Tage, wo der Antisemitismus wieder offen zutage tritt, Fremdenfeindlichkeit sich ausbreitet und anders Denkende und anderes Glaubende wieder diffamiert, beschimpft und ausgegrenzt werden, ist die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen von bedeutender Aktualität. Es beschämt uns, dass es für Jüdinnen und Juden miten in Deutschland wieder lebensgefährlich sein kann, ihren Glauben zu leben. Dies hat der Anschlag auf eine Synagoge in Halle vor Augen geführt.

Mit dem Ende des Holocaust war der Antisemitismus in Deutschland nicht gestoppt. Er durchzieht alle Schichten und Altersgruppen unserer Gesellschaft, seine aktuellen und historischen Formen und Kontexte sind vielfältig. In jüngerer Zeit ist der Antisemitismus hemmungsloser geworden. Dazu haben auch die Sozialen Netzwerke beigetragen. Weil die Verbreitung von Hass und Hetze dort - auch anonym - so leicht

möglich ist, trauen sich die Menschen auf der Straße häufiger als früher, ihren Antisemitismus öffentlich zu zeigen oder sogar vor Gewalt nicht zurückschrecken. Bei den meisten Angriffen gibt es einen rechtsextremen Hintergrund.



**Dr. Gabriele Andretta**  
*Mitglied des Niedersächsischen  
Landtags für den Wahlkreis Göttingen,  
Landtagspräsidentin*

Es ist Pflicht des Staates, für den Schutz von Einrichtungen jüdischen Lebens zu sorgen, antisemitische Straftaten konsequent zu verfolgen und entschlossen gegen Hasskriminalität im Netz und anderswo vorzugehen.

Es ist ein wichtiges Signal, dass Niedersachsen einen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens berufen hat. Unabdingbar ist jedoch, dass jeder und jede von uns Verantwortung übernimmt. Dass er oder sie sich schützend vor jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger stellt und sich dem alltäglichen Antisemitismus und Rassismus entgegenstellt, der uns auf den Straßen, auf den Schulhöfen, am Arbeitsplatz, im Netz, ja sogar in unseren Parlamenten begegnet.

Jede Form des Antisemitismus ist menschenverachtend. Ihm gegenüber darf es keine Toleranz geben. Sich wachsendem Antisemitismus, Fremdenhass und Nationalismus entgegenzustellen, ist nicht nur eine Lehre aus unserer Geschichte. Es ist ein Gebot der Verantwortung für unsere Demokratie. Eine offene, freiheitliche Gesellschaft braucht Demokraten, die sie verteidigen.

## SPD-Bundesparteitag

# EINE REVOLUTION GAB ES NICHT

Die von zahlreichen Medien angekündigte Revolution auf dem SPD-Parteitag fand nicht statt. Es gab keine Schlacht zwischen GroKo-Gegnern und GroKo-Verteidigern; zwischen der Regierungs-SPD und der Oppositions-SPD. Die verschiedenen Strömungen fanden zum Kompromiss und definierten die Voraussetzungen für die SPD-Beteiligung in der zweiten Halbzeit der Bundesregierung. Nach diesem Beschluss wäre es eine Überraschung, wenn die Gespräche über die Auslegung des Koalitionsvertrages an der CDU/CSU scheitern würden.

In jedem Spiel muss man in der Halbzeit-Pause die Taktik für die zweite Hälfte bestimmen. Um nichts anderes geht es auch in der Mitte der Wahlperiode. Tatsächlich hat die GroKo Beachtliches auf den Weg gebracht und einiges ist noch zu beschließen, wobei die veränderten Mehrheiten im Bundesrat zu beachten sind. Ohne Mehrheit im Bundesrat geschieht nämlich nichts. Dort können Die Grünen stets blockieren.

Die Kernforderungen der SPD betreffen Nachbesserungen beim Klimaschutzpaket. Hier wird ein höherer Einstieg beim Preis für die CO<sub>2</sub>-Emissionen verlangt und ein besserer sozialer Ausgleich für diese neue finanzielle Belastung. Der zweite Streitpunkt ist die Aufforderung zu einem stärkeren finanziellen Engagement des Bundes in die Infrastruktur: gegen marode Schulen, Brücken, Straßen und für eine Sanierung der Deutschen Bahn AG. Populär als Kampf gegen die schwarze Null bezeichnet.



➔ **KLAUS WETTIG**  
VORSITZENDER DES  
SPD-ORTSVEREINS OST

Eine Einigung in der GroKo dürfte erreichbar sein, sodass die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung bis 2021 arbeiten kann. Koalitionsende und mögliche Neuwahlen sind also nicht in Sicht.

## Kurzmeldungen

### MEHR BÄNKE IM HAINBERG

Im Hainberg fehlen Bänke. Daraus hat die Ostviertel-SPD die Forderung nach zusätzlichen Bänken entwickelt. Zusätzliche Bänke sollen die Qualität des Naherholungsgebietes verbessern. Vor allem im Aufstieg zur Hochebene und am Sonnenplateau Sengerfeld besteht ein Mangel.

### RADWEG AN DER OBEREN HERZBERGER LANDSTRASSE

Der Umweltausschuss des Rates folgte bei einer Gegenstimme dem Prüfauftrag der SPD-Ratsfraktion, der auf unsere Anregung hin gestellt wurde, dass an der oberen Herzberger Landstraße ab Bismarckstraße ein Radweg ge-

baut werden soll. Das Radfahren bergaufwärts ist auf dieser kurvenreichen Strecke gefährlich. Rechts der Fahrbahn kann durch Abdeckung des Straßengrabens ein solider Radweg gebaut werden.

Die Nutzung dieser Fahrradstrecke durch E-Biker hat hier deutlich zugenommen, sodass auch diese Nutzung einen Ausbau rechtfertigt. Ab der Haltestelle Rohns schützt dieser dann als Rad- und Fußgängerweg die Bewohner\*Innen der Jugendhilfe Am Rohns, die bisher mit ihren Kinderwagen die stark befahrene Straße nutzen müssen. Wir hoffen, dass die Verwaltung zügig diesen Prüfauftrag erfüllt und dem Rat einen Umsetzungsbeschluss vorlegt.

IN DIE  
NEUE ZEIT.



**IMPRESSUM:**

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Göttingen-Ost  
Klaus Wettig (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)  
Rohnsterrassen 6 | 37085 Göttingen

**[SPD-GOETTINGEN.DE/ORTSVEREINE/OST/](https://www.spd-goettingen.de/ortsvereine/ost/)**